

GMÜNDER TAGESPOST

Was Frauen wirklich helfen könnte

Politikgespräch Acht Kandidaten von fünf Parteien sprachen bei der 3. Frauenpolitische Matinee im Landratsamt über frauenpolitische Themen.

Beate Krannich



„Daumen hoch“ für eine gerechte Bezahlung von Frauen und Männern im gleichen Beruf. *Foto; hag*

Aalen

Die 3. Frauenpolitische Matinee im Landratsamt stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl im September. Acht Kandidaten und Kandidatinnen der Wahlkreise Aalen-Heidenheim und Schwäbisch Gmünd-Backnang nahmen am Sonntagmorgen Stellung zu frauenpolitischen Themen wie Lohngleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nach der Begrüßung durch Landrat Klaus Pavel und Margot Wagner vom Kreisfrauenrat übernimmt Manuela Rukavina, Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden-Württemberg, die Moderation. Sie lädt die Kandidaten ein, sich in dreiminütigen Impulsreferaten vorzustellen. Das sind Norbert Barthle und Roderich Kiesewetter (CDU), Melanie Lang und Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen), Silke Leber (FDP), Saskia Jürgens (Die Linke) sowie Daniel Lindenschmid und Ruben Rupp (AfD). Es fehlen die Vertreter der SPD, da gleichzeitig der Bundesparteitag in Dortmund stattfindet.

Frauen verdienen in Deutschland etwa 21 Prozent weniger als Männer, stellt Moderatorin Rukavina fest und fragt die Kandidaten: „Ist es richtig, ein Entgelttransparenzgesetz zu beschließen?“ (Das kürzlich beschlossene Gesetz gesteht Beschäftigten ein individuelles Auskunftsrecht über gerechte Bezahlung zu.) Norbert Barthle (CDU) hält das Gesetz für gut gemeint, aber schlecht gemacht. Er habe aus Koalitionsrason zugestimmt, sagt er und erläutert, woraus die Lohnunterschiede resultierten: Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Branchen und öfter in Teilzeit. Rechne man diese Faktoren heraus, beträgt die Lohndifferenz zwei bis sechs Prozent. Er plädiert für ein Gesetz, das Frauen wirklich hilft.

Für Melanie Lang (Grüne) ist das neue Gesetz eine Farce. Es erreiche 90 Prozent der Frauen nicht, sagt sie und wünscht sich eine Stärkung der Branchen, in denen Frauen arbeiten.

Ähnliches verlangt Saskia Jürgens (Linke). Sie schlägt auch noch eine bessere Bezahlung für Leiharbeiter vor und fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro. Für Silke Leber (FDP), Chefin eines kleinen Handwerksbetriebs, sind solche Gesetze „Bürokratiemonster“. In ihrer Firma gebe es keine Unterschiede bei der Entlohnung.

Das Publikum im großen Sitzungssaal – überwiegend Frauen – darf Fragen stellen und die Aussagen der Kandidaten bewerten. Dazu liegt auf jedem Platz ein Blatt mit einem grünen Daumen für Zustimmung und einem roten für

Ablehnung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein weiterer Diskussionspunkt an diesem Vormittag. „Ein gigantisches Thema“, so die Moderatorin.

Was haben die Parteien dazu zu sagen? „Kinderkriegen ist das größte Abenteuer des modernen Lebens, Eltern brauchen Wahlmöglichkeiten“, meint Margit Stumpp (Grüne). Wie die Paare dann die Erziehungsarbeit aufteilen, sei ihre Sache. Die Vertreter der AfD, Daniel Lindenschmied und Ruben Rupp, erwarten mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Erziehungsarbeit. Für Roderich Kiesewetter (CDU) spielt der Zugang zu Bildung und Weiterbildung eine große Rolle. Jobcenter müssten starke Weiterbildungseinrichtungen werden.

Saskia Jürgens (Linke) fordert Ganztagesbetreuung für Kitas und Schulen und Kündigungsschutz für Frauen mit Kindern bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr. Katharina Oswald, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises dankte zum Schluss auch dem Vokalensemble „Herrengedeck“, das nicht nur die Männerquote im Saal erhöhte, sondern mit Titeln wie „Männer“ und „Wir im Süden“ für gute Laune sorgte.

© Gmünder Tagespost 26.06.2017 20:05

142 Leser

Zu diesem Artikel wurden noch keine Kommentare geschrieben.